

Halle'sche Zeitung

1920 Nr. 203

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 213

Preis: für Halle und umliegende Bezirke monatlich 1,50 M., vierteljährlich 4,50 M., halbjährlich 8,00 M., jährlich 15,00 M. Fernab monatlich 1,80 M., vierteljährlich 5,40 M., halbjährlich 10,00 M., jährlich 18,00 M. Druck und Post bezogen zugunlich postab. Bestellungen.
Verkaufsstellen: Halle-Saal: Feininger Straße 61/63, Fernruf Zentrale 7801, Telephon 5610 und 5611. — Postfachamt: Feininger 20512.

Morgen-Ausgabe

Anzeigenpreis: Die Spalte 34 mm breit und 20 mm hoch 50 H. Die Spalte 30 mm breit und 20 mm hoch 40 H. Neben nach Art, Erhaltungsort Halle-Saal.
Verkaufsstellen: Berlin: Bernauer Str. 30, Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290
Eigene Berliner Schriftleitung. — Detmold und Druck von Otto Schiele, Halle-Saal

Dienstag, 18. Mai

Neueste Tagesnachrichten

Die Telegraphenarbeiter Grob-Berlins streikern in den Auslandsbezirken.

Die Vertreter von Holland und Venezuela haben den Bruchland unterzeichnet, laut dessen die im Jahre 1908 abgegangenen diplomatischen Beziehungen wieder hergestellt werden.

Der Gouverneur De la Guardia hat zum 24. Mai einen nationalen Nationalkongress einberufen, der den verschiedenen Präsidentschaften erneuern soll.

Durch Herausforderung der Polen kam es in Marienwerder zu nationalpolitischen Ausschreitungen.

Eine deutsche Protestnote an Dänemark

Die deutsche Regierung hat gegen die einschlägige Einwirkung der Kronenwährung in der ersten schleswig-holsteinischen Wahlversammlung durch eine Note Protest eingelegt, die dem dänischen Gesandtschaftsrat in Paris und dem deutschen Delegierten bei der internationalen Wahlprüfungskommission für Schleswig überreicht wurde. In der Note wird darauf hingewiesen, daß das Münzrecht, solange die erste Zone nicht endgültig Dänemark zugesprochen sei, unter die Souveränität falle, die bis zur endgültigen Entscheidung Deutschland zuzuschreiben. Die Kronenwährung würde außerdem die wirtschaftliche Lage der in Wahr begünstigten deutschen Gemeinden außerordentlich erschweren, doch ihnen die Weiterführung der Währung nicht zugestimmt werden könnte.

In der Note wird noch darauf hingewiesen, daß die internationale Kommission zur Zeit ihrer Kopienarbeiten Korrekturen der in Aussicht genommene deutschen Vertreter die Weiterführung der Kronenwährung zugestanden und sich auch in der Dokumentation im gleichen Sinne ausgesprochen habe.

W. Hensberg, 17. Mai.
Gegenüber den Vereinten, die Einmünder der hier sich befindlich der Glanzzeiten Linie Anstalt, Weidlich, Sebel und anderen für die Anexion des Gebietes an Dänemark zu gewinnen, ist von der Bevölkerung selbst eine entscheidende Abstimmung erfolgt. Von den 1800 einheimischen Stimmberechtigten der vier Städte haben 1460 sich für Deutschland ausgesprochen.

Deutschlands Zahlungen

Kaufpläne der Konferenz von Göttinge.
W. London, 17. Mai.
Besiegt der Entscheidung der Konferenz in Göttinge beizugehen die gleichlaufende Liquidation der internationalen Zahlungen wird erklärt, daß wenn Deutschland Zahlungen zu leisten hat, die sich über eine gewisse Zeit von Jahren verteilen, die alliierten Schuldner den Alliierten Mitgliedern den gleichen Zeitpunkt ihre Schulden begleichen werden, wenn aber Deutschland während zweier Jahre keine Zahlungen leistet, dann werden die Zahlungen der alliierten Schuldner an die alliierten Gläubiger in gleicher Weise aufgeschoben. Das Wohlwollen über die Einleitung der von Deutschland zu leistenden Zahlungen ist bereits getroffen.
Die englischen und die französischen Kolonialregierungen, die an der Konferenz in Göttinge teilgenommen haben, einigen sich über einen Plan, durch den Frankreich eine Kreditzufuhrung von 500 Millionen genehmigt wird, die der Befreiung der letzten acht Monate entspricht. Es wurde weiter beschlossen, daß Frankreich 45 Prozent der englischen Weltanleihe von 500 Millionen erhalten soll. Frankreich hofft, daß durch diese genossene Ersparnisse an Schiffraum erzielt werden, die nicht möglich waren, solange die Kreditzufuhrung nicht gesichert war.

Der Kolonialminister in London hat über die Beratungen der Göttinge berichtet. Die Ministerpräsidenten hätten 120 Millionen Goldmark als die von Deutschland zu leistende Einzahlungsumme festgesetzt. Doch sei kein Einverständnis über den Zahlungsmodus erzielt worden. Um die deutsche Schuld sofort flüssig zu machen, hätte die französische Entschädigung eine große Anzahl von französischen, die von Deutschland und den Alliierten, wie Frankreich, Italien und Belgien, besteht aus von den neutralen Staaten gelehrt werden müßte, und für die deutsche Entschädigungsumme als Pfand dienen sollte. Von der Entschädigungsgesellschaft solle, wie bei den Friedensverhandlungen beschlossen worden ist, Frankreich 50 Prozent und England 50 Prozent erhalten.

W. Paris, 17. Mai.
Ministerpräsident Miliutescu hat dem Vertreter des Alliierten geteilt nach Schluß der Konferenz von Göttinge, daß er übereingekommen, daß Deutschland nur nach dem kommen solle, um Aufforderungen zu geben nach dem Schluß der Verhandlungen der alliierten Bestimmungen.

des Vertrages. Dem Vertreter des „Journal“ sagte Miliutescu, man möge für die deutsche Entschädigung eine feste Summe festsetzen, damit die ehemaligen Feinde die Schwere ihrer Last erkennen, um sie zu einer baldigen Tilgung zu ermutigen. Der festgesetzte Betrag werde aber nur ein Minimum sein, unter das man nicht heruntergehen werde. Die Tür bleibe aber für Erhöhungen offen. Wenn sich die wirtschaftliche Lage Deutschlands in besonderem Maße verbessert, dann sei es nur gerecht, daß auch die Alliierten einen Teil von diesem Nutzen hätten.

W. Berlin, 17. Mai.
Nach einer Kabotage-Rede aus London wird die internationale Finanzkonferenz von Brüssel jedenfalls infolge der Verzögerung der Verhandlungen von Spa verlagert werden.

H. Basel, 17. Mai.
Das „Journal“ berichtet, daß in Verbindung mit der Räumung des Mainqueres bedeutsame Truppenveränderungen im französischen Besatzungsgebiet vor sich gingen. Die Besatzungsarmee des Bridentagebietes Mainz werde vergrößert. Die aus den heftigen Kämpfen zurückgekommenen Truppen werden auf das übrige besetzte Gebiet verteilt werden, so daß die Truppenstärke in der französischen Zone eine Erhöhung erfahren wird.

Aus dem Völkerbundesrat

W. Rom, 17. Mai.
Der Völkerbundesrat hielt gestern eine geheime und darauf eine öffentliche Sitzung unter Vorsitz Zittoris ab. Dieser leitete mit die armenische Frage habe noch den Gegenstand eines Meinungsaustausches unter den Regierungen. Zugunsten der armenischen, dem Völkerbund beigetreten. Hierzu verließ Wolfen den Bericht über die Aufnahme in den Streitigen Spanien und Kolumbien, für die die deutsche Regierung die Unterstützung des Völkerbundes verlangte. Valparaiso sprach über die zur Verbesserung der Ausbreitung von ostindischen Krankheiten in Mitteleuropa getroffenen Maßnahmen. Der Generalsekretär berichtete über den kommenden internationalen Handlung Gerichtsbarkeit für den die öffentliche Angelegenheiten einen Entwurf ausgearbeitet habe. Zum Schluß berichtigte Zittoris noch über die Lage der deutschen, österreichischen, ungarischen und rumänischen Kriegsgefangenen in Sibirien, deren Heimkehrung sehr schwierig sei. Der Völkerbund erwarte den baldigen Bericht Komités darüber. Alle Berichte wurden einstimmig angenommen.

Ausschreitungen in Marienwerder

W. Marienwerder, 17. Mai.
Die Neuen westpreussischen Mitteilungen melden: Am gestrigen Sonntag fand hier eine polnische Kundgebung statt, an der etwa 1600 bis 1700 Polen teilnahmen. Die Polen hatten, die sie sich in die Nähe versammelt gegenüber den Deutschen, die sich in der Minderzahl befinden, Zugang zu Bomben erhalten. Dieser Umstand hätte die Einwohnerhaft von Marienwerder schädlich erhitert. Im Verlaufe der Kundgebung kam es wiederholt zu schweren Ausschreitungen, bei denen mehrere Personen verletzt wurden. Die Angelegenheit wurde durch das Einschreiten der italienischen Besatzungstruppen wiederhergestellt. Weitere Einzelheiten über die Ausschreitungen können bisher nicht bekanntgegeben werden. Die Unterdrückung der ganzen Angelegenheit liegt in den Händen der internationalen Kommission Marienwerder.

Die Gefahr des Binnenhandels

W. Dresden, 17. Mai.
Wie die Nachrichtenstelle der Staatsanleihe mittelt, droht der handelspolitische Streit in der Binnenhandelsfabrik zu einer schweren Gefahr für die schlesische Industrie zu werden. Demnach ist der Reichsminister für den Handel, die für Sachsen bestimmten, in Wittenberg lagernden 250000 Stück für Sachsen zu bringen. Hier aber liegen die Räume fest, weil die Mannschaften sich vor dem Export der Stoffe fürchten. Diese haben gebot, die Arbeitswilligen von den Kleinrenten aus abzurufen. Die Räume müssen unbedingt sofort zum Aufschwimmen gebracht werden, da der Wasserstand der Elbe sinkt. Es besteht die Gefahr, daß die Räume auf Grund zusammenbrechen. Damit würden 300 000 Zentner Stoffe verloren sein, und viele Fabriken müßten zum Stillliegen kommen.

Frankreich leugnet

Einen Artikel der Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune“ vom 10. Mai zufolge werden die in der deutschen Presse mitgeteilten schrecklichen Fälle von Entschädigungsbeträgen der französischen Besatzungstruppen in dem besetzten deutschen Gebieten von dem französischen Ministerium des Äußern jammervoll in Abrede gestellt. Weidenschaftlich wird von den namentlich Verdröhen erklärt, daß sich in den fraglichen Gebieten überhaupt keine schweren Truppen mehr befinden, obwohl nachdrücklich angegeben wird, daß diese Gebiete mit feindlichen gelben Truppen besetzt sind, die aus französischen Bürger und einem von kausidischer Klasse seien wie Franzosen, Engländer und Amerikaner.
Die Reichsregierung muß diese Unterdrückung des französischen Militärs zwischen dem deutschen und den Truppen grundsätzlich als völlig übertrieben ablehnen. Sie erklären, in der Beziehung mit französischen Truppen gegenwärtig, gleichgültig, welcher Quantität sie sein mögen, ein Verbrechen gegen die Zivilisation, das die strengste Bekämpfung der gesamten Welt herausfordert. Eine Zusammenfassung authentischer Fälle befindet sich im Anhang. Die Reichsregierung bemerkt indes schon jetzt, daß die Anzahl von Verhaftungen nur einen geringen Anhalt gibt für den Vandalismus der deutschen Truppen in dem besetzten Gebiet, deren unerbittliche Reiden zumeist aus begründeter Schamgefühl der Zivilbevölkerung herzuwenten.

Deutschlands Leistungsfähigkeit

Reichsfinanzminister Dr. Wirth fühlt sich nach seinen eigenen Versicherungen verpflichtet, dem deutschen Volke als erlösender Licht klarer sein über die finanzielle und wirtschaftliche Lage des Reiches einzutreten. Klarer sein ist jedenfalls besser als trübe sein, doch was uns der Vertreter der Staatsfinanzen vorsetzt, ist ein äußerst trübe Licht, der niemanden munden kann. Der Reichsfinanzminister hat es nicht dabei bewenden lassen, dem deutschen Volke allein die Unhaltbarkeit seiner wirtschaftlichen Lage vorzuführen, sondern er hat sogar dem Vertreter eines großen Londoner Blattes auseinandergesetzt, daß Deutschlands Leistungsfähigkeit eine ganz geringe sei und die Alliierten deshalb auf große Zahlungen nicht rechnen könnten. Selbstverständlich zielt Dr. Wirth mit seinen Darstellungen über die Sachlage in Deutschland auf die englische Regierung, damit sie den hohen Anforderungen Frankreich gegenüber möglichen Einfluß ausübt. Was von deutscher Seite bisher an Verhandlungen der Friedensverpflichtungen geleistet wurde, kam vornehmlich England zugute, doch jetzt verdrängen die Franzosen, ihre Ansprüche mit aller Macht in den Vordergrund zu stellen, denn in Frankreich selbst herrscht große finanzielle und wirtschaftliche Not, so daß das französische Volk nur mit den bevorstehenden deutschen Zahlungen beruhigt werden kann. Frankreich wird auch der englischen Diplomatie gegenüber unter allen Umständen auf sein Recht der Wiedergutmachung seitens Deutschlands bestehen, aber wo nichts ist, hat schließlich auch die Republik ihr Recht verloren. Es ist gut, wenn die Deutschen sich über die Situation völlig klar werden, und Reichsfinanzminister Dr. Wirth verhilft ihnen gründlich dazu.

Der Reichsfinanzminister hat nun nicht allein die Aufgabe, ein Bild des wirtschaftlichen Landes auszurollen, sondern er soll unterem Volke vielmehr die Wege weisen, die es zu befreien hat, wenn es sich selbst retten will. Was ist denn seit einhalb Jahren für die deutsche Gesundheit geschehen? Es gibt keinen Berufsstand im Reich, wenn wir von Vorkriegsberufenen, Wucherern und Schieberrn absehen, der nicht tief befürmter und unzufriedener wäre. Der Mittelstand ist völlig fertig, und Arbeiter wie Unternehmer, Beamte wie Rentner klagen über die unerträgliche Last der Zeiten. Wie sie aber abgeburdet werden soll, weiß niemand zu sagen, und die Hoffnungen, mit denen Reichsfinanzminister und Minister ihre Reden zu schließen pflegen, müssen als Verlegenheitswendungen gewertet werden, wenn keine realen Begründungen der Möglichkeit von Deutschlands Wiederaufbau vorliegen. Der Reichsfinanzminister Dr. Wirth läßt den Engländern deshalb auch sagen, daß, falls alle Früchte einer vermehrten Anspannung der Arbeitskraft einzig und allein dem Gegner zugute kommen sollten, ohne die heimische Not zu lindern, naturgemäß jede Arbeitskraft erlödet werden würde. Die Gegner würden dann noch viel weniger erhalten als bei einer vernünftigen Festsetzung der Entschädigungssumme. Die Arbeit von Leibeigenen oder gar Sklaven sei anerkennenswerter als die schlechte und am wenigsten produktiv von allen Regierungsmaßnahmen. Werden diese Vorstellungen wohl in London und namentlich in Paris den gewünschten Eindruck machen? Dahin sind wir nun gekommen, daß ein Hauptmitglied der deutschen Regierung von deutscher Schlabenarbeit sprechen muß. Die neue Freiheit Deutschlands wurde uns bei Ausbruch der Novemberrevolution in den verheißungsvollen Tönen geschrieblert, und nun dieses Ende ohne Licht und tröstliche Aussicht!

Der Friedensvertrag von Versailles hat noch kein Jahr bestanden, und schon wird es immer deutlicher, daß er für Deutschland unburchbarbar sein wird. Er durfte in dieser Form eben nie und nimmer von deutscher Seite unterschrieben werden. Die unsinnige Tat wird sich immer schwerer an Deutschland rächen. Es werden nun Erwartungen auf die Beratungen in Spa gesetzt, aber man weiß noch nicht, ob sie aufgehen oder ausgehen werden sollen. Aber selbst, wenn eine Minderkonferenz zustande kommt, wird der Vertreter Deutschlands in irgend einer Form hinzugezogen werden, dann kann sich dem künftigen Glauben nicht hingeben, daß am grünen Tisch eine Revision des moderatsten Friedensvertrages vorgenommen werde. Wir dürfen froh sein, wenn von Fall zu Fall eine Milderung der Verpflichtungen erzielt wird, die Deutschland auferlegt wurden. Aus dem finanziellen Hintergrund, in dem wir uns bereits befinden, kommen wir indes nicht heraus, wenn die Konferenz nicht endlich der deutschen Leistungsfähigkeit Rechnung trägt. Es fragt sich immerhin, ob die gemäßigten Mächte dies überhaupt wollen. Frankreich bricht bereits von Kaufhändlern und seine Organe deuten auf die Beschlagnahme von Begegnungen und Hindernissen hin. Damit wäre der deutschen Volkswirtschaft der Todesstoß verleiht. Die deutsche Regierung wird sich aufpassen müssen!

pollo-Th
Ant. 1.42. 9
der große Lad
Fliegent
heindrich
Hochzahl
it. Paul B
Reifege
Verkehrsm
einzelne
mit dem
eingelie
verme
Marin B
erhalten
Tel. 20
al. Franz
Gorabach
Wesche
Eidwe
men-B
ist man
Schnee N
z. Steinf
Möbel
n-1. Ver
graf Run
steren, T
Tel. 20
Wäsche
unbesic
ina
Passwa
ngsd
in Wam

Die Konferenz der Landwirtschaftsminister

b. Berlin, 17. Mai.
Am Freitag fand, wie bereits in der letzten Nummer gemeldet, am Sonnabend unter Vorsitz des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann eine Beratung der Ernährungsinister der Länder über die wichtigste Getreide-, Kartoffel- und Fleischbewirtschaftung statt. Zunächst der Getreidebewirtschaftung wurde vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft der Entwurf einer Neubeschreibung für die Jahre 1920 vorgelegt. Dieser hält für Ersterpriorität am den bisherigen Bewirtschaftungsplan, weil mit Rücksicht auf die Sicherung der Volksernährung eine Lockerung des Bewirtschaftungsplans in diesem Jahre nicht möglich erscheint. Ferner wird der Antrag wieder in die Bewirtschaftungsplanung einbezogen, da die Festgabe des Wertes zu großen Unzufriedenheiten, auch hinsichtlich der Bewirtschaftung von Getreide, geführt hat. Dagegen sollen Frühenfrüchte vollständig freigegeben werden.

Die Verwaltung stimmte diesem Entwurf im wesentlichen zu mit Ausnahme des Reichsrats einer Neigung, der für das Kartoffelgetreide eintritt.
Für die Kartoffelbewirtschaftung wurde ein vom Reichsminister der deutschen Landwirtschaft zusammen mit dem Großhandel und dem Deutschen Bäuerling ausgegearbeiteter Plan vorgelegt. Dieser Plan, dessen ursprüngliche Fassung im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft mit Rücksicht auf die Sicherung der Volksernährung wesentliche Änderungen erfahren hatte, bezieht die Erzeugung der Kartoffelproduktion auf ein System von Lieferungsverträgen, und zwar soll auf die Kartoffelproduktion verzichtet werden, wenn die Kartoffelproduktion auf einen Wege bis zum 1. August 1920 120 Millionen Hektar zur Sicherstellung des Bedarfs der versorgungsberechtigten Bevölkerung zur Verfügung stellt. Dieser Weg fand in der Verwaltung weitestgehendige Zustimmung. Es beliebt jedoch begründete Hoffnungen, daß auf diesem Gebiet, entsprechend den gemeinsamen Absichten der Landwirtschaft und des Reichsrats, durch das vorgelegte System eine Milderung der Kartoffelproduktion schon in diesem Jahre herbeigeführt werden kann.

Während der Fleischbewirtschaftung erklärte sich die Verwaltung für den vorgelegten Entwurf der Fleischbewirtschaftung, die den vorgesehenen Erzeugung der Fleischproduktion, die dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft mit Rücksicht auf die Sicherung der Volksernährung wesentliche Änderungen erfahren hatte, bezieht die Erzeugung der Fleischproduktion auf ein System von Lieferungsverträgen, und zwar soll auf die Fleischproduktion verzichtet werden, wenn die Fleischproduktion auf einen Wege bis zum 1. August 1920 120 Millionen Hektar zur Sicherstellung des Bedarfs der versorgungsberechtigten Bevölkerung zur Verfügung stellt.

Schrenk gegen Erzberger

b. Wien, 17. Mai.
Die „Allgemeine Volkszeitung“ veröffentlichte eine längere Aufsatz des Präsidenten Schrenk zu Angelegenheiten Erzberger, bei der Schrenk erklärt, daß insoweit eines unerhörten Verrates, wobei der Reichsminister Erzberger in der Bedeutung des Reichsministers, die Interessen des Reichsministeriums zu verletzen, die Rechte für das abgeleitete Recht mit dem Reichsminister in Einklang zu bringen.

Die Entwürfe über die Getreide-, Kartoffel- und Fleischbewirtschaftung werden in der nächsten Woche dem Reichsrat und Reichsminister der deutschen Landwirtschaft zur Genehmigung unterbreitet werden.

Schrenk hat sich in dem nächsten Heft der „Allgemeinen Volkszeitung“ eine weitere Aufsatz über die Angelegenheiten Erzberger veröffentlicht. In diesem Aufsatz wird der Reichsminister Erzberger als Verräter bezeichnet, der die Interessen des Reichsministeriums zu verletzen, die Rechte für das abgeleitete Recht mit dem Reichsminister in Einklang zu bringen.

Schrenk hat sich in dem nächsten Heft der „Allgemeinen Volkszeitung“ eine weitere Aufsatz über die Angelegenheiten Erzberger veröffentlicht. In diesem Aufsatz wird der Reichsminister Erzberger als Verräter bezeichnet, der die Interessen des Reichsministeriums zu verletzen, die Rechte für das abgeleitete Recht mit dem Reichsminister in Einklang zu bringen.

Schrenk hat sich in dem nächsten Heft der „Allgemeinen Volkszeitung“ eine weitere Aufsatz über die Angelegenheiten Erzberger veröffentlicht. In diesem Aufsatz wird der Reichsminister Erzberger als Verräter bezeichnet, der die Interessen des Reichsministeriums zu verletzen, die Rechte für das abgeleitete Recht mit dem Reichsminister in Einklang zu bringen.

Schrenk hat sich in dem nächsten Heft der „Allgemeinen Volkszeitung“ eine weitere Aufsatz über die Angelegenheiten Erzberger veröffentlicht. In diesem Aufsatz wird der Reichsminister Erzberger als Verräter bezeichnet, der die Interessen des Reichsministeriums zu verletzen, die Rechte für das abgeleitete Recht mit dem Reichsminister in Einklang zu bringen.

Schrenk hat sich in dem nächsten Heft der „Allgemeinen Volkszeitung“ eine weitere Aufsatz über die Angelegenheiten Erzberger veröffentlicht. In diesem Aufsatz wird der Reichsminister Erzberger als Verräter bezeichnet, der die Interessen des Reichsministeriums zu verletzen, die Rechte für das abgeleitete Recht mit dem Reichsminister in Einklang zu bringen.

Schrenk hat sich in dem nächsten Heft der „Allgemeinen Volkszeitung“ eine weitere Aufsatz über die Angelegenheiten Erzberger veröffentlicht. In diesem Aufsatz wird der Reichsminister Erzberger als Verräter bezeichnet, der die Interessen des Reichsministeriums zu verletzen, die Rechte für das abgeleitete Recht mit dem Reichsminister in Einklang zu bringen.

Schrenk hat sich in dem nächsten Heft der „Allgemeinen Volkszeitung“ eine weitere Aufsatz über die Angelegenheiten Erzberger veröffentlicht. In diesem Aufsatz wird der Reichsminister Erzberger als Verräter bezeichnet, der die Interessen des Reichsministeriums zu verletzen, die Rechte für das abgeleitete Recht mit dem Reichsminister in Einklang zu bringen.

Schrenk hat sich in dem nächsten Heft der „Allgemeinen Volkszeitung“ eine weitere Aufsatz über die Angelegenheiten Erzberger veröffentlicht. In diesem Aufsatz wird der Reichsminister Erzberger als Verräter bezeichnet, der die Interessen des Reichsministeriums zu verletzen, die Rechte für das abgeleitete Recht mit dem Reichsminister in Einklang zu bringen.

Schrenk hat sich in dem nächsten Heft der „Allgemeinen Volkszeitung“ eine weitere Aufsatz über die Angelegenheiten Erzberger veröffentlicht. In diesem Aufsatz wird der Reichsminister Erzberger als Verräter bezeichnet, der die Interessen des Reichsministeriums zu verletzen, die Rechte für das abgeleitete Recht mit dem Reichsminister in Einklang zu bringen.

Schrenk hat sich in dem nächsten Heft der „Allgemeinen Volkszeitung“ eine weitere Aufsatz über die Angelegenheiten Erzberger veröffentlicht. In diesem Aufsatz wird der Reichsminister Erzberger als Verräter bezeichnet, der die Interessen des Reichsministeriums zu verletzen, die Rechte für das abgeleitete Recht mit dem Reichsminister in Einklang zu bringen.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann hat sich in dem nächsten Heft der „Allgemeinen Volkszeitung“ eine weitere Aufsatz über die Angelegenheiten Erzberger veröffentlicht. In diesem Aufsatz wird der Reichsminister Erzberger als Verräter bezeichnet, der die Interessen des Reichsministeriums zu verletzen, die Rechte für das abgeleitete Recht mit dem Reichsminister in Einklang zu bringen.

Die Wahlen in Braunschweig

Das Gesamtergebnis der Braunschweiger Landtagswahlen am 14. Mai ist im wesentlichen folgendes: Die Landesversammlung hat am 14. Mai 1920 im Braunschweiger Landtag die folgenden Mitglieder gewählt: Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann.

Landesversammlung	83 378 Stimmen
Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft	21 265 Stimmen
Landesversammlung	83 378 Stimmen
Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft	21 265 Stimmen

Die Landesversammlung hat am 14. Mai 1920 im Braunschweiger Landtag die folgenden Mitglieder gewählt: Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann.

Die Landesversammlung hat am 14. Mai 1920 im Braunschweiger Landtag die folgenden Mitglieder gewählt: Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann.

Die Landesversammlung hat am 14. Mai 1920 im Braunschweiger Landtag die folgenden Mitglieder gewählt: Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann.

Die Landesversammlung hat am 14. Mai 1920 im Braunschweiger Landtag die folgenden Mitglieder gewählt: Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann.

Die Landesversammlung hat am 14. Mai 1920 im Braunschweiger Landtag die folgenden Mitglieder gewählt: Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann.

Die Landesversammlung hat am 14. Mai 1920 im Braunschweiger Landtag die folgenden Mitglieder gewählt: Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann.

Die Landesversammlung hat am 14. Mai 1920 im Braunschweiger Landtag die folgenden Mitglieder gewählt: Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann.

Die Landesversammlung hat am 14. Mai 1920 im Braunschweiger Landtag die folgenden Mitglieder gewählt: Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann.

Die Landesversammlung hat am 14. Mai 1920 im Braunschweiger Landtag die folgenden Mitglieder gewählt: Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann.

Die Landesversammlung hat am 14. Mai 1920 im Braunschweiger Landtag die folgenden Mitglieder gewählt: Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann.

Die Landesversammlung hat am 14. Mai 1920 im Braunschweiger Landtag die folgenden Mitglieder gewählt: Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann.

Die Landesversammlung hat am 14. Mai 1920 im Braunschweiger Landtag die folgenden Mitglieder gewählt: Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann.

Die Landesversammlung hat am 14. Mai 1920 im Braunschweiger Landtag die folgenden Mitglieder gewählt: Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann.

Die Landesversammlung hat am 14. Mai 1920 im Braunschweiger Landtag die folgenden Mitglieder gewählt: Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann.

Die Landesversammlung hat am 14. Mai 1920 im Braunschweiger Landtag die folgenden Mitglieder gewählt: Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann.

Die Landesversammlung hat am 14. Mai 1920 im Braunschweiger Landtag die folgenden Mitglieder gewählt: Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann hat sich in dem nächsten Heft der „Allgemeinen Volkszeitung“ eine weitere Aufsatz über die Angelegenheiten Erzberger veröffentlicht. In diesem Aufsatz wird der Reichsminister Erzberger als Verräter bezeichnet, der die Interessen des Reichsministeriums zu verletzen, die Rechte für das abgeleitete Recht mit dem Reichsminister in Einklang zu bringen.

Die Schreiber-Verammlung.

Zügen und Verbindungen in der „Saalezeitung“.
Eine Verammlung der politischen Kampfbewegungen am 14. Mai 1920, um den Kampf gegen die Nationalsozialisten zu führen. Die Verammlung wurde von Dr. Ernemann geleitet, der eine Rede hielt, in der er die Notwendigkeit der Kampfbewegung erklärte. Die Verammlung wurde von Dr. Ernemann geleitet, der eine Rede hielt, in der er die Notwendigkeit der Kampfbewegung erklärte.

Die Verammlung wurde von Dr. Ernemann geleitet, der eine Rede hielt, in der er die Notwendigkeit der Kampfbewegung erklärte. Die Verammlung wurde von Dr. Ernemann geleitet, der eine Rede hielt, in der er die Notwendigkeit der Kampfbewegung erklärte.

Die Verammlung wurde von Dr. Ernemann geleitet, der eine Rede hielt, in der er die Notwendigkeit der Kampfbewegung erklärte. Die Verammlung wurde von Dr. Ernemann geleitet, der eine Rede hielt, in der er die Notwendigkeit der Kampfbewegung erklärte.

Die Verammlung wurde von Dr. Ernemann geleitet, der eine Rede hielt, in der er die Notwendigkeit der Kampfbewegung erklärte. Die Verammlung wurde von Dr. Ernemann geleitet, der eine Rede hielt, in der er die Notwendigkeit der Kampfbewegung erklärte.

Die Verammlung wurde von Dr. Ernemann geleitet, der eine Rede hielt, in der er die Notwendigkeit der Kampfbewegung erklärte. Die Verammlung wurde von Dr. Ernemann geleitet, der eine Rede hielt, in der er die Notwendigkeit der Kampfbewegung erklärte.

Die Verammlung wurde von Dr. Ernemann geleitet, der eine Rede hielt, in der er die Notwendigkeit der Kampfbewegung erklärte. Die Verammlung wurde von Dr. Ernemann geleitet, der eine Rede hielt, in der er die Notwendigkeit der Kampfbewegung erklärte.

Die Verammlung wurde von Dr. Ernemann geleitet, der eine Rede hielt, in der er die Notwendigkeit der Kampfbewegung erklärte. Die Verammlung wurde von Dr. Ernemann geleitet, der eine Rede hielt, in der er die Notwendigkeit der Kampfbewegung erklärte.

Die Verammlung wurde von Dr. Ernemann geleitet, der eine Rede hielt, in der er die Notwendigkeit der Kampfbewegung erklärte. Die Verammlung wurde von Dr. Ernemann geleitet, der eine Rede hielt, in der er die Notwendigkeit der Kampfbewegung erklärte.

Die Verammlung wurde von Dr. Ernemann geleitet, der eine Rede hielt, in der er die Notwendigkeit der Kampfbewegung erklärte. Die Verammlung wurde von Dr. Ernemann geleitet, der eine Rede hielt, in der er die Notwendigkeit der Kampfbewegung erklärte.

Die Verammlung wurde von Dr. Ernemann geleitet, der eine Rede hielt, in der er die Notwendigkeit der Kampfbewegung erklärte. Die Verammlung wurde von Dr. Ernemann geleitet, der eine Rede hielt, in der er die Notwendigkeit der Kampfbewegung erklärte.

Die Verammlung wurde von Dr. Ernemann geleitet, der eine Rede hielt, in der er die Notwendigkeit der Kampfbewegung erklärte. Die Verammlung wurde von Dr. Ernemann geleitet, der eine Rede hielt, in der er die Notwendigkeit der Kampfbewegung erklärte.

Die Verammlung wurde von Dr. Ernemann geleitet, der eine Rede hielt, in der er die Notwendigkeit der Kampfbewegung erklärte. Die Verammlung wurde von Dr. Ernemann geleitet, der eine Rede hielt, in der er die Notwendigkeit der Kampfbewegung erklärte.

Die Verammlung wurde von Dr. Ernemann geleitet, der eine Rede hielt, in der er die Notwendigkeit der Kampfbewegung erklärte. Die Verammlung wurde von Dr. Ernemann geleitet, der eine Rede hielt, in der er die Notwendigkeit der Kampfbewegung erklärte.

Die Verammlung wurde von Dr. Ernemann geleitet, der eine Rede hielt, in der er die Notwendigkeit der Kampfbewegung erklärte. Die Verammlung wurde von Dr. Ernemann geleitet, der eine Rede hielt, in der er die Notwendigkeit der Kampfbewegung erklärte.

Die Verammlung wurde von Dr. Ernemann geleitet, der eine Rede hielt, in der er die Notwendigkeit der Kampfbewegung erklärte. Die Verammlung wurde von Dr. Ernemann geleitet, der eine Rede hielt, in der er die Notwendigkeit der Kampfbewegung erklärte.

Die Verammlung wurde von Dr. Ernemann geleitet, der eine Rede hielt, in der er die Notwendigkeit der Kampfbewegung erklärte. Die Verammlung wurde von Dr. Ernemann geleitet, der eine Rede hielt, in der er die Notwendigkeit der Kampfbewegung erklärte.

Die Verammlung wurde von Dr. Ernemann geleitet, der eine Rede hielt, in der er die Notwendigkeit der Kampfbewegung erklärte. Die Verammlung wurde von Dr. Ernemann geleitet, der eine Rede hielt, in der er die Notwendigkeit der Kampfbewegung erklärte.

Die Landesversammlung hat am 14. Mai 1920 im Braunschweiger Landtag die folgenden Mitglieder gewählt: Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ernemann.

Stadtverordneten-Sitzung

Die Milchperjorgung — Die Kinotheater

Die Sitzung des Stadtrats am 14. Tage im Monat April wurde durch den Vorsitzenden des Ausschusses für die städtischen Bürolsangelegenheiten, 2 Millionen für Klein-Wohnungen und die Milchperjorgung — Die Kinotheater.

Der Herr Bürgermeister eröffnete die Sitzung mit dem Hinweis auf die Wichtigkeit der Angelegenheiten, die heute zur Verhandlung kommen. Er erwähnte insbesondere die Milchperjorgung und die Kinotheater, die in den letzten Tagen des Monats März durch den Stadtrat beschlossen wurden.

Die Milchperjorgung wurde als erstes Thema behandelt. Der Herr Bürgermeister berichtete über die Verhandlungen mit den Lieferanten und die Ergebnisse der Verhandlungen. Er erwähnte insbesondere die Erhöhung der Milchpreise und die Maßnahmen, die zur Deckung des Bedarfs ergriffen werden müssen.

Die Kinotheater wurden als zweites Thema behandelt. Der Herr Bürgermeister berichtete über die Verhandlungen mit den Kinosbesitzern und die Ergebnisse der Verhandlungen. Er erwähnte insbesondere die Erhöhung der Kinosmieten und die Maßnahmen, die zur Deckung des Bedarfs ergriffen werden müssen.

Die Angelegenheiten der Milchperjorgung und der Kinotheater sind von großer Wichtigkeit für die Stadt. Die Milchperjorgung ist ein wichtiger Bestandteil der Ernährung der Bevölkerung, und die Kinotheater sind ein wichtiger Bestandteil der kulturellen und sozialen Leben der Stadt.

Die Erhöhung der Milchpreise und der Kinosmieten stellt eine erhebliche Belastung für die Stadt dar. Es ist daher notwendig, Maßnahmen zu ergreifen, um diese Belastungen zu mindern. Dies kann durch die Erhöhung der Steuern auf die Milchproduzenten und die Kinosbesitzer erreicht werden.

Die Stadtverwaltung wird die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die Milchperjorgung und die Kinotheater zu gewährleisten. Dies wird durch die Erhöhung der Steuern auf die Milchproduzenten und die Kinosbesitzer erreicht werden.

Die designationale Fraktion hat folgende Anträge

Die designationale Fraktion hat folgende Anträge:

1. Die Fraktion beantragt, die Milchpreise zu erhöhen, um die Milchproduzenten zu unterstützen.

2. Die Fraktion beantragt, die Kinosmieten zu erhöhen, um die Kinosbesitzer zu unterstützen.

3. Die Fraktion beantragt, die Steuern auf die Milchproduzenten und die Kinosbesitzer zu erhöhen.

4. Die Fraktion beantragt, die Steuern auf die Milchproduzenten und die Kinosbesitzer zu erhöhen.

5. Die Fraktion beantragt, die Steuern auf die Milchproduzenten und die Kinosbesitzer zu erhöhen.

Die Fraktion hat die folgenden Anträge gestellt:

1. Die Fraktion beantragt, die Milchpreise zu erhöhen, um die Milchproduzenten zu unterstützen.

2. Die Fraktion beantragt, die Kinosmieten zu erhöhen, um die Kinosbesitzer zu unterstützen.

3. Die Fraktion beantragt, die Steuern auf die Milchproduzenten und die Kinosbesitzer zu erhöhen.

4. Die Fraktion beantragt, die Steuern auf die Milchproduzenten und die Kinosbesitzer zu erhöhen.

5. Die Fraktion beantragt, die Steuern auf die Milchproduzenten und die Kinosbesitzer zu erhöhen.

Die Angelegenheiten der Milchperjorgung und der Kinotheater sind von großer Wichtigkeit für die Stadt. Die Milchperjorgung ist ein wichtiger Bestandteil der Ernährung der Bevölkerung, und die Kinotheater sind ein wichtiger Bestandteil der kulturellen und sozialen Leben der Stadt.

Die Erhöhung der Milchpreise und der Kinosmieten stellt eine erhebliche Belastung für die Stadt dar. Es ist daher notwendig, Maßnahmen zu ergreifen, um diese Belastungen zu mindern. Dies kann durch die Erhöhung der Steuern auf die Milchproduzenten und die Kinosbesitzer erreicht werden.

Die Stadtverwaltung wird die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die Milchperjorgung und die Kinotheater zu gewährleisten. Dies wird durch die Erhöhung der Steuern auf die Milchproduzenten und die Kinosbesitzer erreicht werden.

Die Angelegenheiten der Milchperjorgung und der Kinotheater sind von großer Wichtigkeit für die Stadt. Die Milchperjorgung ist ein wichtiger Bestandteil der Ernährung der Bevölkerung, und die Kinotheater sind ein wichtiger Bestandteil der kulturellen und sozialen Leben der Stadt.

Die Erhöhung der Milchpreise und der Kinosmieten stellt eine erhebliche Belastung für die Stadt dar. Es ist daher notwendig, Maßnahmen zu ergreifen, um diese Belastungen zu mindern. Dies kann durch die Erhöhung der Steuern auf die Milchproduzenten und die Kinosbesitzer erreicht werden.

Die Stadtverwaltung wird die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die Milchperjorgung und die Kinotheater zu gewährleisten. Dies wird durch die Erhöhung der Steuern auf die Milchproduzenten und die Kinosbesitzer erreicht werden.

Die Angelegenheiten der Milchperjorgung und der Kinotheater sind von großer Wichtigkeit für die Stadt. Die Milchperjorgung ist ein wichtiger Bestandteil der Ernährung der Bevölkerung, und die Kinotheater sind ein wichtiger Bestandteil der kulturellen und sozialen Leben der Stadt.

Die Erhöhung der Milchpreise und der Kinosmieten stellt eine erhebliche Belastung für die Stadt dar. Es ist daher notwendig, Maßnahmen zu ergreifen, um diese Belastungen zu mindern. Dies kann durch die Erhöhung der Steuern auf die Milchproduzenten und die Kinosbesitzer erreicht werden.

Die Stadtverwaltung wird die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die Milchperjorgung und die Kinotheater zu gewährleisten. Dies wird durch die Erhöhung der Steuern auf die Milchproduzenten und die Kinosbesitzer erreicht werden.

Die Angelegenheiten der Milchperjorgung und der Kinotheater sind von großer Wichtigkeit für die Stadt. Die Milchperjorgung ist ein wichtiger Bestandteil der Ernährung der Bevölkerung, und die Kinotheater sind ein wichtiger Bestandteil der kulturellen und sozialen Leben der Stadt.

Die Erhöhung der Milchpreise und der Kinosmieten stellt eine erhebliche Belastung für die Stadt dar. Es ist daher notwendig, Maßnahmen zu ergreifen, um diese Belastungen zu mindern. Dies kann durch die Erhöhung der Steuern auf die Milchproduzenten und die Kinosbesitzer erreicht werden.

Die Stadtverwaltung wird die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die Milchperjorgung und die Kinotheater zu gewährleisten. Dies wird durch die Erhöhung der Steuern auf die Milchproduzenten und die Kinosbesitzer erreicht werden.

Die Angelegenheiten der Milchperjorgung und der Kinotheater sind von großer Wichtigkeit für die Stadt. Die Milchperjorgung ist ein wichtiger Bestandteil der Ernährung der Bevölkerung, und die Kinotheater sind ein wichtiger Bestandteil der kulturellen und sozialen Leben der Stadt.

Die Erhöhung der Milchpreise und der Kinosmieten stellt eine erhebliche Belastung für die Stadt dar. Es ist daher notwendig, Maßnahmen zu ergreifen, um diese Belastungen zu mindern. Dies kann durch die Erhöhung der Steuern auf die Milchproduzenten und die Kinosbesitzer erreicht werden.

Die Stadtverwaltung wird die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die Milchperjorgung und die Kinotheater zu gewährleisten. Dies wird durch die Erhöhung der Steuern auf die Milchproduzenten und die Kinosbesitzer erreicht werden.

Die Angelegenheiten der Milchperjorgung und der Kinotheater sind von großer Wichtigkeit für die Stadt. Die Milchperjorgung ist ein wichtiger Bestandteil der Ernährung der Bevölkerung, und die Kinotheater sind ein wichtiger Bestandteil der kulturellen und sozialen Leben der Stadt.

Die Erhöhung der Milchpreise und der Kinosmieten stellt eine erhebliche Belastung für die Stadt dar. Es ist daher notwendig, Maßnahmen zu ergreifen, um diese Belastungen zu mindern. Dies kann durch die Erhöhung der Steuern auf die Milchproduzenten und die Kinosbesitzer erreicht werden.

Die Stadtverwaltung wird die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die Milchperjorgung und die Kinotheater zu gewährleisten. Dies wird durch die Erhöhung der Steuern auf die Milchproduzenten und die Kinosbesitzer erreicht werden.

